ALHAMBRA ZEITUNG & PROGRAMM

MAI / JUNI 2015

which side are you on?

20 jahre für freiheit und solidarität

OLDENBURG 13 UHR KAISERSTR./HBF

alhambra
– grundsätzliches –

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „Nutzer_innen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel Vertreter_innen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das Nutzer_innen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
– unterstützer_innen –

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der Unterstützer_innen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

1. mai
Which side are you on? – Aufruf zum autonomen 1. Mai 2015 6
Der autonome 1. Mai in Oldenburg 8
Watt mutt, dat mutt! – Interview zu 20 Jahre autonomer 1. Mai in Oldenburg 13

recht auf stadt
Hausbesetzungen in Oldenburg – Der Versuch einer Chronik 17

internationalismus
stop.future unwritten. transnational solidarisch – Aufruf zum 37. BuKo 22

Ankündigungen 24

Editorial

„Schockiert, traurig und wütend blicken wir auf die Europäischen Außengrenzen." Es ist nicht das erste Mal, dass dieser Satz in einem Editorial der Alhambra Zeitung verwendet wurde. Der Satz kommt aus der November/ Dezember Ausgabe 2013, einem Monat nachdem im Oktober 2013 etwa 400 Menschen vor der Küste von Lampedusa auf der Suche nach einem besseren Leben den Tod fanden. Wir haben damals geschrieben, dass der Tod von 400 Geflüchteten eine Zäsur in der europäischen Geflüchtetenpolitik darstellt. Wir haben damals auch geschrieben, dass wir davon ausgehen, dass trotz der vielen Toten keine Änderung der europäischen Abschottungspolitik zu erwarten ist. Leider hatten wir recht. Mitte April 2015 sind innerhalb von vier Tagen etwa 1300 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Uns fehlen die Worte...

Um so zynischer erscheint es uns, dass es Menschen gibt, die meinen die Regierenden würden nicht schon genug gegen Geflüchtete unternehmen. Noch schlimmer wird's, wenn dann diese Leute, im Deckmäntelchen der Islamkritik, gegen Geflüchtete vorgehen. Was im Oktober 2014 in Dresden begann, ist im März nun letztendlich auch in unserem beschaulichen Oldenburg angekommen. Unter dem besonders kreativen Namen „Olgida" fanden sich ein leider nicht so lustiges Häufchen, größenteils aus dem Umland angereister Nazi-Hools, auf dem Bahnhofsvorplatz ein, um ihrer Deutschtümelei und rassistischen Hetze freien Lauf zu lassen. Erreicht haben dürften sie damit aber niemand. Der Bahnhofsvorplatz war so weiträumig von der Polizei abgeriegelt, dass selbst die Massen der Gegendemonstrant_innen kaum ein Wort von dem verstanden haben, was auf dem Platz gesagt wurde. Dass irgendwelche Passant_innen etwas von der Kundgebung mitbekommen haben sollten, ist also nicht wirklich anzunehmen. Um so peinlicher wirkt es da, beim zweiten und bisher letzten Versuch in Oldenburg Fuß zu fassen, die Flucht zu den eigenen Autos als „Spaziergang" und politischen Sieg zu verkaufen. Mehr Infos und Bilder zu den „Olgida"-Kundgebungen findet ihr unter antifaelf.blogsport.de.

Was in Oldenburg vor nunmehr zwanzig Jahren als unabhängiger Block auf der DGB-Demo am 1.Mai begann, hat sich mittlerweile zu einem festen, eigenständigen Termin für die autonome Linke aus der Region, zumindest aber für Oldenburg, etabliert. Diesen runden Geburtstag zum Anlass nehmend, haben wir uns vorgenommen einen Schwerpunkt zum autonomen 1.Mai in Oldenburg zu machen. Dieser besteht, neben dem für unsere Mai/ Juni Ausgaben obligatorischen 1.Mai Aufruf, aus einem Geschichtstext sowie einem Interview, das wir mit drei Aktivist_innen aus dem Vorbereitungskreis geführt haben. Die Idee mit dem Interview kam uns, weil wir die Frage spannend fanden, warum Menschen nach so vielen Jahren immer noch aktiv an der Gestaltung des 1.Mai in Oldenburg teilnehmen. Aber lest selbst auf den Seiten 13 bis 16.

Übrigens haben wir uns sehr gefreut über die Einreichung „Hausbesetzungen in Oldenburg – Der Versuch einer Chronik". Gerne möchten wir auch noch einmal auf den Appell des Autors hinweisen: Falls jemand, Material zum diesem Thema hat, freut sich der Autor sicherlich sehr, wenn ihr Kontakt mit ihm aufnehmt.

Wir haben uns dazu entschieden dieses Jahr eine Sommerpause einzulegen, das heißt die Ausgabe Juli/August 2015 wird nicht erscheinen. Wir müssen mal ein wenig durchatmen und wollen den Sommer genießen.

Euch wünschen wir eine schöne Zeit. Nutzt sie – vielleicht auf der BuKo, einem der Camps oder bei den Aktionen gegen den G7-Gipfel vom 4. bis 8. Juni rund um das Schloss Elmau.

Eure Alhambra-Redaktion

Befragung von Besucher_innen des Jobcenters veröffentlicht

Oldenburg Im November und Dezember 2014 hat die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) vor dem Eingang des Jobcenters und in den eigenen Räumen Besucher_innen des Oldenburger Jobcenters befragt. Rund 140 Fragebögen sind dabei zusammen gekommen. Nun wurde die Auswertung der Befragung veröffentlicht, sie lässt sich – leider wenig überraschend – wie folgt zusammenfassen: Mehr als jede_r Dritte geht mit einer negativen Einstellung zum Jobcenter, bei fast jeder_m Vierten löst das Jobcenter Angst aus, fast jede_r Sechste geht mit Wut ins Jobcenter. Mehr als die Hälfte versteht die Antragsformulare nicht, fast zwei Drittel verstehen die Bescheide nicht und mehr als die Hälfte findet die Beratungsqualität schlecht.

Die ALSO schreibt dazu: „Das Jobcenter ist für viele ein ‚Buch mit sieben Siegeln', für andere eine bedrohliche, von Konflikten geprägte Einrichtung. Bei anderen laufen die Besuche dort glatt und reibungslos. Doch wenn wir den Antworten in unserer Befragung glauben, ist dies nicht selbstverständlich. Es sollte aber selbstverständlich sein. Denn in einem demokratischen Rechtsstaat sollte Fairness die oberste Leitlinie für staatliches Verwaltungshandeln sein, um so mehr, wenn es um die Leistungen geht, die das Existenzminimum von Menschen sichern sollen. Fairness heißt nach unserem Erachten, dass jede/r sein Anliegen unkompliziert vorbringen kann, dass niemand bei der Beantragung überfordert oder ausgetrickst oder von langen Warteschlangen abgeschreckt wird. Aber zur Fairness gehört sicher noch viel mehr…"

Besetzung des alten Sportamts

Bremen Am 2. April besetzten die Nutzer_innen des „Alten Sportamts" am Weserstadion selbiges im Rahmen einer Demonstration und tauschten sämtliche Schlösser aus. Das „Alte Sportamt" wurde und wird in den Sommermonaten für Konzerte, Lesungen, Filmabende, Theateraufführungen sowie als Umsonstladen im genutzt.

Nach 4 Jahren, in denen es immer wieder nur unsichere Zwischennutzungsverträge gab, verlautete die städtische „Immobilie Bremen" (IB), dass es nur noch einen Sommer eine Nutzung als Kulturprojekt gestatte, da sie eine dauerhafte Nutzung des Gebäudes vorziehe. Hierbei stand die Möglichkeit im Raum, das Gebäude als Unterstellmöglichkeit für die Sportgeräte eines (Sport-)Vereins zu nutzen.

Da sich die IB es nicht für nötig hielt, die aktuellen Nutzer_innen mit in die Diskussion um eine Nutzung mit einzubeziehen, wurde sich das Recht nun durch die Aneignung des Geländes erkämpft. Die Nutzer_innen fordern, dass die zukünftige Nutzung auf politischer Ebene diskutiert und nicht „bauordnungsrechtliche Bedenken" vorgeschoben werden, dass die Nutzung als selbstverwalteter Raum, der als Lagerraum vorgezogen wird und dass das „Alte Sportamt" den Nutzer_innen überlassen wird.

Bei einer am 9. April stattgefundenen Verhandlung mit der „Immobilie Bremen" verdeutlichten die Nutzer_innen ihre Positionen noch einmal und forderten einen unbefristeten, mietfreien Vertrag mit zufriedenstellenden Konditionen. Die IB kündigte an bis zum

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

nächsten Treffen am 23.4. keine polizeiliche Räumung in Erwägung zu ziehen. Die Nutzer_innen verdeutlichten noch einmal, dass sie kein Interesse haben, das Gelände freiwillig zu verlassen.

Barbara – Emmely – Emme ist tot
Berlin Am 16. März 2015 verstarb Barbara Emme, bekannt auch als 'Emmely' im Alter von 57 Jahren. Im Februar 2008 wurde die Kassierin nach über 30 Jahren Tätigkeit im Einzelhandel fristlos von Kaisers entlassen. Anlass? Ihr wurde vorgeworfen zwei Leergutbons, die ein Kunde verloren hatte, im Gesamtwert von 1,30€ eingelöst zu haben. Barbara Emme stritt dies ab. Dass sie eine engagierte Gewerkschafterin war, die beispielsweise die Streikliste in ihrer Filiale führte, sollte natürlich keine Rolle bei dieser Entscheidung gespielt haben.

Barbara Emme nahm diese Kündigung nicht einfach so hin – sondern klagte sich durch mehrere Instanzen und sprach öffentlich über ihren Fall. Zunächst wurde sie abgewiesen, denn in der deutschen Rechtssprechung gelte auch das 'Entwenden' geringster Summen als klarer Grund für eine fristlose Kündigung. Verhältnismässigkeiten im Kapitalismus. Emmes Klage aber wurde in dritter Instanz, beim Bundesarbeitsgericht, stattgegeben. Dazu schreiben Mitglieder des Komitees ‚Solidarität mit Emmely': „Emmelys Erfolg vor dem Bundesarbeitsgericht kam für alle erfahrenen Beobachter völlig überraschend. Unmittelbar danach gewannen mehrere gekündigte ArbeiterInnen ihre Bagatellkündigungen vor Arbeitsgerichten, die zuvor immer zu Gunsten der Arbeitgeber geurteilt hatten."

Doch auch mit ihrem Sieg vor dem Bundesarbeitsgericht hatte Barbara Emmes Einsatz für bessere Arbeiter_innenrechte kein Ende. Die Lohnnachzahlungen, welche sie erhielt, nutzte sie um an der Weltfrauenkonferenz in Venezuela im Jahr 2010 teilzunehmen. Auch engagierte sie sich weiter gewerkschaftlich und wurde 2014 noch in den Betriebsrat von Kaisers gewählt.

Private Initiative gegen das Sterben im Mittelmeer: Sea-Watch
Deutschland/EU Das Projekt Sea-Watch will „dem massenhaften Sterben im Mittelmeer und der restriktiven Flüchtlingspolitik der Europäischen Union eine konkrete Antwort entgegensetzen".

Ziel ist es mit einem hochseetüchtigen Kutter – der ‚Sea Watch' – im Mittelmeer als „schwimmende Telefonzelle" im Notfall Boote der Küstenwache und private Schiffe per Funk um Hilfe rufen. Um selbst direkt Hilfe leisten zu können, befinden sich Hunderte Schwimmwesten und Rettungsinseln an Bord.

Was anfangs als eine private Initiative von mehreren Familien aus Brandenburg gestartet war ist aktuell auf ungefähr zwei Dutzend Freiwillige aus ganz Deutschland angewachsen, die sich aktiv am Bau des Schiffes bzw. bei der Vorbereitung der Reise beteiligen.

Sie beschreiben sich selbst als „,norma-

le‘ Menschen, die das Glück haben, in Mitteleuropa geboren worden zu sein – und nicht in Syrien, Angola, Afghanistan, dem Irak oder anderen Regionen, in denen nackte Gewalt das Leben bestimmt. Wir fühlen uns verantwortlich und wollen dem Leiden und Sterben nicht weiter tatenlos zusehen.“

Am 19. April 2015 ist die „Sea-Watch“ in Richtung Mittelmeer ausgelaufen. Ab Mitte Mai soll sie dann im Gebiet nordwestlich der lybischen Küste kreuzen und systematisch nach Boote mit Flüchtenden suchen und diese mit Lebensmitteln und Schwimmwesten versorgen und gegebenenfalls die Küstenwache alarmieren.

Aktuelle Infos: sea-watch.org

Polizeiwillkür gegen „My body my choice“ Demonstration

Münster Alle Jahre wieder gehen im März in Münster hunderte Demonstrant*innen auf die Straße um für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch und ein selbstbestimmtes Leben in einer herrschaftsfreien Gesellschaft zu demonstrieren. Ursprünglich als reine Protestaktion gegen den „1000 Kreuze für das Leben“ Marsch fundamentalistischer Christ*innen, hat sich seit 2013 eine eigenständige Demonstration entwickelt.

Am 21. März gingen ca. 350 Aktivist*innen unter dem Motto „Raise your voice – your body your choice“ auf die Straße. Sie zogen quer durch die Innenstadt und stoppten für Redebeiträge zu Themen wie Schwangerschaftsabbrüche, staatliche Finanzierung von Kirchen, Ableismus (Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen/Behindertenfeindlichkeit) und Pränataldiagnostik.

Lautstark, gut gelaunt und mit viel Glitzerkonfetti verlief die Demonstration, bis zum Abschluss in der Aegidiistraße. Dort stürmte ein Trupp Polizist*innen in die Demo um einen Genossen im Schwitzkasten durch die Menge zu prügeln. Einer der Vorwürfe „Hinterlassen von Müll“ – er soll Konfetti geworfen haben. Zusätzlich wird ihm vorgeworfen von einem Stand von Verschwörungstheoretiker*innen zu viele Flyer zum Thema „Chemtrails“ mitgenommen zu haben. Die brutale Festnahme durch die Polizei legitimiert abschließend dann auch noch den Vorwurf des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte.

Mit ziemlicher Brutalität prügelte die Polizei den 1000-Kreuze-Marsch durch die Innenstadt und verhinderte so fast vollständig Protest in räumlicher Nähe zu den christlichen Fundamentatlist*innen. Nichtsdestotrotz schafften Aktivist*innen es immer wieder an die Gebets-Route und konnten den Marsch kritisch flankieren.

Im Gegensatz zum Vorjahr ist die Gebetsquälerei der Euro-Pro-Life-Anhänger*innen um den Versamm-

lungsleiter Wolfgang Hering wieder kleiner geworden. Rund 100 von ihnen trauten sich dennoch, sich mit Marienstatuen und Gebetsgejaule wieder zu Deppen zu machen.

Auf dem Schwarzer Kanal sollen keine Geflüchteten wohnen dürfen

Berlin Das seit 25 Jahren bestehende Berliner Wohn- und Kulturprojekt „Wagenburg Schwarzer Kanal e.V." steht erneut vor existenziellen Problemen. Für das Gelände in der Kiefholzstraße in Neukölln, auf welches das Projekt Anfang 2010 von Mitte ausweichen musste, sollen seit 2 Jahren neue Verträge geschlossen werden. Waren zunächst nur die Mietforderungen seitens des Liegenschaftsfonds für den Schwarzen Kanal das wesentliche Problem, sind es nun rassistische Bedingungen im neuen Vertragsentwurf, die eine Einigung unmöglich machen.

Der Liegenschaftsfonds besteht auf Klauseln im Mietvertrag, wonach das „Obdach geben" oder die „Unterbringung von Flüchtlingen" Grund für eine fristlose Kündigung seien. So sei, Zitat: "... der Vertrag unverzüglich zu beenden ... wenn der Verein „Wagenburg Schwarzer Kanal e.V." auf der Mietfläche Flüchtlingen Obdach gewährt."

Und weiter: „Jegliche zweckfremde Nutzung des Grundstückes nach Maßgabe dieses Vertrages ... berechtigt den Vermieter, unbeschadet der anderen Kündigungsrechte dieses Vertrages, zur fristlosen außerordentlichen Kündigung des Vertrages. Hierzu gehören insbesondere die Überschreitung der maximal zulässigen Zahl von Wagen sowie die Unterbringung von Flüchtlingen."

Dass diese Forderung sowohl mit der Vereinssatzung des gemeinnützigen Queer-Projektes, als auch mit dem „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz" nicht vereinbar ist, spielt für den Liegenschaftsfonds offensichtlich keine Rolle.

Der Schwarze Kanal dazu: „Wir werden diesen Vertrag so nicht unterschreiben. Hier wird vorausgesetzt, der Schwarze Kanal sei ein homogenes deutsches weißes Projekt, das aus Wohltätigkeitsgründen „Obdach gewährt". Es besteht aber aus verschiedenen Gruppen, die sich wiederum aus unterschiedlichen Menschen zusammensetzen. Wir sind auch Geflüchtete, People of Colour, Roma, Nicht-Deutsche, Schwarze. Wir sind mehr oder weniger und in verschiedenen Aspekten privilegierte und/oder marginalisierte Leute, die zusammen leben und kämpfen."

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Which side are you on?

Aufruf zum automomen 1. Mai

Es ist ein lauer Sommerabend, dieser 15. Juli 1931. Ein Mittwoch. Hier im Südosten des Bluegrass State Kentucky, genauer gesagt im Harlan Country, dem viertgrößten Kohlerevier in den USA, steht Florence eigentlich wie jeden Abend in der Küche und macht den Abwasch. Morgen ist wieder Schule und es war ihr diesmal zu ihrer großen Überraschung geglückt, ihre sieben Kinder ohne viel Stress und sogar einigermaßen satt ins Bett zu bugsieren.

Doch zur scheinbaren Normalität dieses Abends gesellt sich Angst. Aber vor allem Wut und Entschlossenheit. Ihr Mann, Sam, steht auf der schwarzen Liste. Sie weiß was das heißt. Er weiß was das heißt. Alle in ihrer kleinen Bergarbeitersiedlung wissen es.

Als im Frühjahr die Zechenbetreiber eine zehnprozentige Lohnkürzung durchsetzten wollen, gingen die Bergarbeiter auf die Barrikaden. Bei weniger als knapp zwei Dollar am Tag für eine Zehnstundenschichten stellte sich nur noch die Frage, ob sie lieber kämpfend als arbeitend hungern wollten. Hilflos, spontan und unorganisiert begannen sie sich zu wehren. 3000 Kohlekumpel, unter ihnen auch Sam, gründen die Gewerkschaft United Mine Workers (UMW) und treffen auf die Macht der Kohlebosse: Einschüchterung, Zwang, Unterdrückung, Übergriffe, Mord, und eben diese schwarzen Listen. Sam ist deshalb untergetaucht. Florence nicht.

Jetzt nur noch eben die Gabeln und dann hat sie es endlich. Endlich ins Bett, endlich abschalten, endlich die Sorgen hinter sich lassen. Wooom, Wooom, Wooom. Es hämmert an die Tür. Sie zuckt zusammen. Da sind sie also wirklich, die Schergen von John Henry Blair, dem von den Kohlebaronen umschmeichelten Countrysheriff. Florence hatte sie erwartet, doch jetzt schießt ihr die Panik in den Kopf. Ihr wird schlecht. Sie will sich übergeben, am liebsten aber abhauen. Einfach wegrennen. So wie Sam.

Doch jetzt ist eh alles zu spät. Noch immer mit den Händen im nunmehr fettigen Abwaschwasser ballt sie ihre Fäuste, die Haut schon ganz aufgequollen. Sie schluckt die Panik runter – in ihrer Theorie war das allerdings um einiges einfacher. Doch es geht. Es muss gehen.

Wooom, Wooom, Wooom. Hämmert es erneut. Jetzt wird es also ernst. Sie geht zur Wohnungstür und öffnet. Ein Dutzend Hilfssheriffs stürmt herein. Sie schubsen Florence durch die Wohnung, reißen die Kinder aus Betten, drohen, schreien „Wo ist Sam?“ „Wo ist Sam?“, schlagen auf die Acht ein, verwüsten die Zimmer.

Vorbei. Sie sind endlich weg. Es dauert noch einige Zeit, bis Florence die Kleinen einigermaßen beruhigt bekommt. Doch jetzt herrscht Stille. Sie hat es überstanden. Aus ihren Augen funkelt Hass. Ihre Panik ist wie weggeblasen. Sie geht wieder in die Küche. Der alte Baptist*innensong „Lay the Lily Low“ bahnt sich aus den Tiefen ihres Gehirn den Weg über ihre Lippen, tausendmal gesungen im Gottesdienst der kleinen Siedlungskapelle. Doch diesmal ist es anders, diesmal ist es ihr Text. Sie reißt den Küchenkalender von der Wand und kritzelt ihre Gedanken zu Papier. Heraus kam wohl DIE Hymne der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Sie stellt nur eine einfache Frage, deren Antwort über so viel entscheidet: „Which Side Are You On?“

Und diese schlichte Frage haben wir dieses Jahr auch zum Motto unserer 1. Mai-Demonstration auserkoren. Denn zum nunmehr zwanzigsten Mal wollen wir in der Tradition des Haymarket Riot`s von 1890 auf unsere Weise ein gutes Leben für alle einfordern. Aber um ehrlich zu sein, haben wir keinen Plan, wie dass zu bewerkstelligen wäre. Dass es so wie es ist, nicht bleiben darf, ist eine Binsenweisheit. Also heißt es für uns – ganz im zapatistischen Sinne – fragend voranzuschreiten. Klingt pathetisch, nichtssagend und abgehoben – und das ist es auch. Die Frage die Florence, also Florence Reece, bis zu ihrem Tod im Jahr 1986 umhertrieb, die ihr Mut gab und die Kraft zum Durchhalten ist da schon um einiges konkreter:

Auf welcher Seite stehen wir, wenn islamistische Milizen oder die Türkei versuchen, die Ansätze von Selbstorganisierung und Daseinssicherung im kurdischen Rojava und die dort lebenden Menschen auszulöschen? Und auf welcher Seite stehen wir, wenn die Menschen dort die Waffe in die Hand nehmen, um sich, ihre Familien und ihre Nachbar*innen und ihren Versuch eines besseren Lebens zu verteidigen?

Wo stehen wir, wenn die Menschen in Griechenland unter der Last der Sparauflagen der Troika das Auskommen, die Unterkunft und die Gesundheitsvorsorge verlieren? Und wo, wenn diese Menschen versuchen, auch durch die Partei Syriza diese humanitäre Katastrophe abzuwenden.

Auf welcher Seite stehen wir, wenn Leute in Guinea, dem Jemen oder im Kosovo aufgrund der globalen Wirtschaftsordnung finanziell ganz tief in der Schei-

ße sitzen und nicht wissen, wie sie am nächsten Tag ihre Nahrung bezahlen sollen? Und wo stehen wir, wenn sich diese Menschen auf der Suche nach einer besseren Zukunft nach Deutschland kommen?

Einfache Fragen, einfache Antworten. Eigentlich. Denn ganz so einfach ist das alles dann doch nicht. Die Welt ist viel zu widersprüchlich, als dass sie mit starrem schwarz-weiß Denken aus den Angeln gehoben werden könnte. Aber sie ist auch nicht so verworren, dass man nicht Partei ergreifen könnte. „Als Linker steht man auf der Seite der Unterdrückten - bedingungslos“ sagte mal ein guter, leider inzwischen verstorbener Oldenburger Genosse. Wenn einem Menschen Rechte vorenthalten werden, weil er woanders geboren wurde, sollten wir wissen wo wir stehen. Wenn einem Menschen der Lohn gekürzt wird, weil ein anderer sich seine Yacht finanzieren will, sollten wir wissen wo wir stehen. Wenn ein Mensch nicht respektiert wird, weil sein Geschlecht als schwach oder unnormal gilt, sollten wir wissen wo wir stehen. Wenn ein Mensch wenig verdienen soll, weil er die „falsche“ Ausbildung hat, sollten wir wissen wo wir stehen. Bedingungslos! So einfach ist das. Und so kompliziert. Denn Unterdrückte können auch unterdrücken – und tun es leider auch. Die Betroffenen von Rassismus oder Sexismus oder Klassenherrschaft sind oft mit dabei, wenn es darum geht nach unten zu treten oder mit völkischem, religiösem oder antisemitischen Wahn ihre eigene Unterdrückung zu stützen. Doch das gute an Barrikaden ist, dass sie mobil sind. Man kann sie errichten, abbauen, umsetzen. Man kann mit Menschen auf der gemeinsamen Seite der Barrikade stehen und darauf hoffen, dass es zusammen nach vorne geht. Und man kann erkennen, dass mit einigen von diesen dann vielleicht doch kein Fortschritt zu machen ist und die Barrikade auch noch woanders hingehört.

Aber gerade wir in der autonomen Linken mit unseren schablonenhaften, dafür aber umso markigeren Parolen sowie unseren akademisch verstiegenen und unzugänglichen Theoriegebilden pochen nur allzu gern darauf, quasi als letzte moralische Instanz vor Gott, Adorno oder Marx als das Maß aller Dinge zu gelten. Vielleicht sollten wir mal anfangen, die Anderen nicht zuallererst als potentiell feindliche Kräfte zu begreifen oder deren angebliche Inkonsequenz zu belächeln, sondern sie als ZeitGENOSS*INNEN zu betrachten, die zu radikalisieren unser Anliegen sein sollte. Und ehrlich gesagt, die Chance, dass wir von Ihnen auch eine Menge lernen können, ist alles andere als gering.

David Graeber äußerte im Dezember 2014 den Verdacht, dass viele in der internationalen, radikalen Linken eigentlich nicht gewinnen wollen. „Die können sich nicht vorstellen können, dass eine Revolution wirklich stattfinden kann, und insgeheim wollen sie die auch nicht, denn das würde bedeuten, dass sie ihren coolen Verein mit normalen Leuten teilen müssten – sie wären nichts Besonderes mehr“. Sich als „revolutionäre Avantgarde“ zu begreifen, fällt natürlich ungleich schwerer, wenn jederzeit die Gefahr besteht, während eines Vorbereitungstreffens oder einer Demonstration den eigenen Eltern über den Weg zu laufen.

Aber natürlich gibt es auch gute Gründe für einen kritischen Blick der autonome Linken. Wir wollen schließlich mehr als nur ein paar Krümel. Wenn im Gesellschaftsvertrag von Rojava das Recht auf Eigentum und Privateigentum festgeschrieben wird, sollte eine radikale Linke das kritisch sehen. Wenn Syriza sich den Spielregeln des Parlamentarismus, des Kapitals und der EU unterwirft, sollte eine radikale Linke das kritisch sehen. Wenn Flüchtlingsinitiativen damit argumentieren, dass gut ausgebildete Migrant*innen dem Wirtschaftsstandort Deutschland nützlich seien, sollte eine radikale Linke das kritisch sehen. Natürlich. Aber was folgt daraus? „Grundsatzdebatten über den Weg zum Sozialismus sind wunderbar“, sagte Giorgos Chondros vom Zentralkomitee von Syriza bei den Blockupy-Protesten in Frankfurt. „Aber meiner Mutter wurde die Pension auf 400 Euro halbiert“. Lohnt es sich nicht, für diesen Krümel zu kämpfen? Woraus soll denn der Kuchen sonst gemacht werden? Und auf welcher Seite stehst du?

Also noch mal 20, 40, 60, ... Jahre für Freiheit und Solidarität auf die Straße!

Der autonome 1. Mai in Oldenburg

Jedes Jahr wird zum 1. Mai im Rahmen des Kampftags der Arbeiter_innen bewegung demonstriert. So auch in Oldenburg. Für viele gehört die revolutionäre 1. Mai Demo zum alljährlichen Event dazu. Doch so selbstverständlich, wie es scheint, ist sie nicht. Ihre Durchsetzung muss immer wieder aufs Neue erkämpft werden.

Dieser Text soll in erster Linie einen Einblick in die Entwicklung der autonomen, revolutionären 1. Mai Demo, die sich seit Mitte der 1990er Jahre herauszubilden begann, geben.

Über viele Jahre ging die Organisierung des 1. Mai in Oldenburg vom DGB aus.

Erst 1996 setzten sich einige Gruppen und Initiativen zusammen, um dem 1.Mai in Oldenburg wieder Leben einzuhauchen.

Niemand hatte noch großes Interesse daran, einfach wie in den Jahren zuvor beim DGB mitzulatschen und sich das Geseiere des damaligen DGB-Vorsitzenden Bittner anzuhören. Nach längeren Diskussionen wurde entschieden, keine eigene Demo zu organisieren, sondern eine Möglichkeit zu finden, die DGB-Basis mit linken Positionen zu konfrontieren, da davon ausgegangen wurde, dass diese eher offen für kritische Stimmen sei (zum anderen ist sonst fast niemand am Morgen dieses Tages auf der Straße). Also wurde ein unabhängiger, internationalistischer Block initiiert. Dort sollte allen Menschen, die sich als links von den offiziellen DGB-Positionen verstehen, die Möglichkeit gegeben werden, sich zu sammeln, um gemeinsam und somit wahrnehmbar an die kämpferische Tradition des 1. Mai anzuknüpfen und klarzumachen, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte darstellt, die Sehnsucht nach einem Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung, nach einer Überwindung dieses Systems, niemals begraben wird. Circa 200 Menschen waren schließlich im unabhängigen Block, unter anderem auch viele kurdische Genoss_innen. Unser Block verließ nach dem Ende der Demo geschlossen, die ‚Internationale' singend und unter den erbosten Blicken der DGB-Führung die Abschlußkundgebung und ließ den Tag beim Alhambra ausklingen.

In der Nachbereitung war Konsens, dass mensch auf diesem ersten Schritt weiter aufbauen sollte. Allerdings wurde auch deutlich, daß unsere Positionen kaum wahrgenommen wurden und der DGB sein ‚Bündnis für Arbeit'-Gelaber unwidersprochen ablassen konnte. Also entschied mensch sich, 1997 eine direkte verbale Konfrontation einzugehen. Wie im Jahr zuvor gab es den unabhängigen Block, der etwa auf 300 Menschen angewachsen war. Dieses Mal wurde die DGB-Kundgebung auf dem Schloßplatz jedoch nicht verlassen. Parallel zur Rede von Bittner verlas das Bündnis seinen Redebeitrag, was so einige DGB`ler_innen zur Raserei brachte.

1998 dann änderte sich so einiges. Bittner nahm seinen Hut und neuer Kreisvorsitzender des DGB wurde der für einen Gewerkschaftsboss eher links stehende Manfred Klöpper. Dieser versuchte anfänglich in bester sozialdemokrati-

scher Manier, das Bündnis zu spalten, indem er einzelnen Gruppen Angebote machte, Reden auf der Kundgebung zu halten, wenn sie sich (ausschließlich) an der 1. Mai-Vorbereitung des DGB beteiligen würden. Als die Gruppen das ablehnten, biss Klöpper in den sauren Apfel und gewährte dem Bündnis als solchem das Rederecht. Die damalige Vermutung, dass es sich lediglich um ein taktischen Manöver handele, um das Bündnis ruhigzustellen, hat sich in den beiden folgenden Jahren bestätigt. Der 1. Mai 1998 jedenfalls war recht erfolgreich. Der Bündnis-Block war mit mehr als 400 Menschen um einiges größer als der DGB-Block, und nach einer ziemlich lahmen Ansprache von Klöpper folgte ein powervoller Redebeitrag des Bündnis ‚Streichen bei den Reichen!' und der kurdischen Genoss_innen. Alles verlief sehr harmonisch und unter den wohlwollenden Blicken Klöppers. Aber Harmonie im Umgang mit sozialdemokratischen Gruppen bietet immer Anlass zur Vorsicht. Und tatsächlich war es so, dass das Bündnis nicht als eigenständige politische Kraft, sondern eher als linker Anhang des DGB wahrgenommen wurde. So konnte mensch dann auch in der NWZ lesen, dass das Bündnis sich in seiner Rede den Ausführungen des DGB angeschlossen hätte.

Leider war im folgenden Jahr nicht viel Zeit, weiter diese Problematik zu diskutieren. Denn der 1. Mai 1999 stand im Zeichen der Antifamobilisierung gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch in Bremen. Das Bündnis ‚Streichen bei den Reichen!' mobilisierte wie wild und stellte kostenlose Busse nach Bremen zur Verfügung. Am Morgen des 1. Mai fuhren dann schließlich 150 Menschen los, um den Nazis die Straße zu nehmen. Für alle, die nicht nach Bremen fahren wollten oder konnten, gab es trotzdem den unabhängigen Block, der um einiges kleiner ausfiel. Dennoch kam es in diesem Jahr zu Vorfällen, die zu den Auseinandersetzungen im folgenden Jahr führten.

Ein Bus mit mehreren Dutzend Nazis aus dem Ruhrgebiet hatte sich Oldenburg als Ziel ausgesucht (Oldenburg wurde nach dem Verbot des Aufmarsches in Bremen kurzzeitig als Ausweichpunkt der Nazis gehandelt). Die Faschos versammelten sich auf dem Pferdemarkt, um dort eine Kundgebung durchzuführen. Zu diesem Zeitpunkt war die 1. Mai-Demo gerade in der Nähe des Lappans. Der unabhängige Block löste sich (nach diversen, vergeblichen Appellen an den DGB, sich solidarisch zu verhalten und den Nazis entgegenzutreten oder zumindest stehen zubleiben) aus dem Demozug und suchte den Kontakt mit den Nazis. Am Pfer-

demarkt angekommen zogen die Bullen sofort mehrere Behelmte und Hunde auf, stoppten den Block und stopften die Nazis schnellstmöglich wieder in ihren Bus und schickten sie mit Begleitung nach Hause. Der DGB war zwischenzeitig zum Schloßplatz gezogen. Als klar war, dass die Faschos Oldenburg verlassen hatten, begab sich der unabhängige Block ebenfalls zum Schloßplatz, um sich einem Zugriff der inzwischen massiv anwesenden Bullen zu entziehen. Außerdem hatte das Bündnis genau wie im Jahr zuvor Rederecht. Auf dem Schloßplatz angekommen, wurde immer wieder von den Bullen provoziert. Die Forderung einer Sprecherin des Bündnisses an die DGB`ler_innen sich solidarisch zu verhalten und ebenfalls dafür zu sorgen, dass die Bullen sich verpissen, stieß auf taube Ohren. Als das Bündnis seine Rede verlas, kam es zu Pöbeleien aus den Reihen des DGB. Wie schon oben erwähnt, entzog der DGB daraufhin dem Bündnis das Rederecht ohne dies öffentlich mitzuteilen.

Im folgenden Jahr wurde über Alternativen nachgedacht. Schon vor der Bestätigung des Redeverbotes war für das Bündnis klar, dass es diesmal eine eigene Abschlusskundgebung geben sollte. Es sollte auf die Erfahrungen von 1998 reagiert werden. Doch jetzt stellte sich die Situation noch um einiges verschärfter dar. Immerhin wurde die Vorstellung einiger DGB`ler_innen, dass die Autonomen die DGB-Demo dieses Jahr angreifen würden (und daher Bullenschutz mit Wasserwerfern und allem Pipapo hermüsste), vom Bündnis als überzogen abgetan. Es wurde erstmal wieder für einen unabhängigen Block mobilisiert. Dieser spaltete sich in einem taktisch wohl gewählten Moment ab und ließ den DGB im wahrsten Sinne des Wortes rechts liegen. Eigentlicher Plan war, am Julius-Mosen-Platz eine Kundgebung abzuhalten, just in dem Moment, in dem der DGB dort lang läuft. Hat aber nicht geklappt, denn Klöpper meinte, dass der unabhängige Block dort die DGB-Demo blockieren wollte und deshalb kürzten sie spontan ihre Route ab und veranstalteten ihre Abschlusskundgebung in mitten des Ostermarkttrubels auf dem Rathausmarkt. Das war dann also die erste eigene, revolutionäre 1. Mai -Demonstration mit fast 400 Leuten und diversen Bauwägen der ‚Bunte(n) Hunte'. Die Demo zog bis zum

Alhambra, wo das Ganze enorm nett mit diversen Redebeiträgen und einem Straßenfest bis in den frühen Abend ausklang.

Aufgrund eines sexuellen Übergriffes eines am Bündnis Beteiligten im Jahr 2000 kam es zu Auseinandersetzungen und zum Ausschluss des Täters. Da einige Bündnismitglieder dazu eine andere Position vertraten kam es schließlich zum Bruch des Bündnisses, woraufhin auch dessen Name ‚Streichen bei den Reichen' in ‚Reiche streichen' umbenannt wurde.

Das Verhalten des DGB und die guten Erfahrungen mit der sich in den letzten Jahren herausgebildeten, immer weitergehenden Abspaltungen führten dazu, dass 2001 das erste Mal eine vollständig eigene, von der des DGB unabhängige Demo auf die Beine gestellt wurde. Unter dem Motto ‚Für ein Leben ohne Stress und Existenzangst, für Freiheit und Revolution' trafen sich etwa 300 Teilnehmer_innen in der Kaiserstraße. Während der Demo, die ihre Abschlusskundgebung auf dem Rathausmarkt hielt, um danach wie auch im Jahr zuvor schon geschlossen zum Alhambra zu gehen, kam es zu Farbeiwürfen und Entfernen von Deutschlandfahnen. Parallel mauerten einige Aktivist_innen den Eingang einer Zeitarbeitsfirma zu. All dies mag auch deshalb so einfach gewesen sein, weil die Polizei auf Grund von Naziaufmärschen in Berlin und Frankfurt nur wenige Bullen in Oldenburg auffahren konnte. Das Bündnis „Reiche streichen" ließ die Demo unangemeldet, da mensch in den vorangegangen Jahren immer wieder die Erfahrung gemacht hatte, dass die Bullen auch Anmeldung nicht davon abhalten, Stress zu machen, Leute zu kriminalisieren und im Nachhinein mit absurden Verfahren zu überziehen. Auch in den Folgejahren blieb die 1. Mai-Demo, wie auch viele andere Demos in Oldenburg, unangemeldet. Der DGB organisierte 2001 und 2002 keine eigene Demo mehr, sondern hielt nur noch eine Kundgebung mit anschließendem Fest auf dem Schlossplatz ab. In den Jahren 2002-06 nahm die Teilnehmer_innenzahl des revolutionären 1. Mai stetig zu und blieb dann '06 und '07 konstant bei etwa 600. Aufgrund der Ereignisse vom Vorjahr fuhren die Bullen 2002 ein enormes Aufgebot auf, das den Demozug in ständigem Spalier begleitete. In den Jahren 2003 und 2004 kam es jeweils zu kleineren Rangeleien, als die Demo jeweils den Versuch anstellte, auf den Rathausmarkt zu gelangen und die Polizei dies zu verhindern versuchte, sich aber dann erfolglos zurückziehen musste.

Seit 2005 kam es nach längerer Pause wieder zu Aktionen am Rande der Demo. So wurde in dem Jahr ein enorm großes Transpi am inzwischen abgerissenen Hallenbad am Berliner Platz herabgelassen. Im darauf folgenden Jahr gab es eine symbolische Hausbesetzung, mit welcher unter anderem gegen die Räumung von (ehemals) bestehenden linken Zentren protestiert wurde. 2007 wurde ein weiteres Mal ein Transpi an ein Gebäude (in diesem Fall an ein Gerüst in der Heiligengeist

Überblick über die Geschichte des 1. Mai in Oldenburg

Zu den ersten politischen Veranstaltungen der Arbeiter_innenbewegung am 1.Mai kam es in Oldenburg ab 1891. Mehrere Hundert Menschen begingen zu dieser Zeit den ‚Kampftag der Arbeiterklasse'. Anfangs noch eine eher alibi-politische Abendveranstaltung mit Volksfestcharakter, politisierte sich der 1.Mai im Laufe der Jahre um die Jahrhundertwende immer weiter.

Bis Mitte der 1920er sollte es diesen einheitlich begangenen 1.Mai in Oldenburg geben, bis es ab 1926 zur Spaltung zwischen dem sozialdemokratischen und kommunistischen Flügel der Arbeiter_innenbewegung kam.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden ab 1947 die Demonstrationen nun vom DGB bzw. dessen Vorgängerorganisation ADGB initiiert. Die größte fand mit etwa 20.000 Teilnehmer_innen 1951 statt. Ab Anfang der 60er schrumpfte die Teilnehmer_innenzahl auf etwa 3000, so dass ab 1971 wieder eine Abendveranstaltung, nun in der Weser-Ems-Halle, veranstaltet wurde. Ab 1980 gab es dann wieder Demonstrationen, seit 1996 auch mit einem revolutionärem, internationalistischem Block. Aus diesem entwickelte sich dann ab 2000 die autonome 1.Mai Demonstration.

straße) gehängt. Außerdem traten an diesem Tag die Überflüssigen in Oldenburg das erste Mal in Erscheinung; diese verlasen eine Rede und beschenkten die Demoteilnehmer_innen mit Rafaelos. Zum ersten Mal kam es in diesem Jahr zu dem Versuch der Bullen, die geplante Route zu verhindern. Auf Grund der Entschlossenheit der Demo blieb dies jedoch erfolglos. Nicht unerwähnt soll der Kinderwagen, der wie auch die Wagenburg seit den Anfängen der autonomen 1. Mai Demo dabei ist, bleiben. Es kam auch schon vor, dass Kinder von diesem Wagen munter Wasserbomben auf Bullen geworfen haben.

Im Zuge des letzten revolutionären 1. Mai kam es zur Kriminalisierung der Organisator_innen. Einem Oldenburger Aktivisten und Teilnehmer wurde vorgeworfen eine leitende Funktion innegehabt zu haben. Die mangelnde Beweislage erschöpft sich in der Aussage einer Bullette in Zivil, die seine Stimme erkannt haben will und ihn häufig dann nicht gesehen haben will, wenn gerade eine Durchsage gemacht wurde. Laut Richterin habe er damit gegen das Versammlungsgesetz verstoßen. Der Prozess endete (vorerst) mit einer Verurteilung zu 1750 € plus Gerichtskosten.

[...]

2008 und 2009 gab es wie auch die Jahre zuvor mehr oder minder kraftvolle, aber durchaus nette 1. Mai-Demos an denen jeweils ungefähr 500 Menschen teilnahmen. 2009 war das Novum, dass die zu Beginn, bei der Routenwahl und am Rathausmarkt üblicherweise nervende Polizei, einer entschlossenen ersten Reihe älteren Semesters (fast Ü50) gegenüberstand.
Ein Jahr später (2010) war Stimmung von Anfang an ein wenig gedrückt: Strömender Regen und brutales Bestimmen der Route durch das BFE prägten die Demo. Einen aufhellenden Moment gab es als die etwa 400-500 Menschen die zwei besetzten Häuser in der Amalienstraße entdeckten, aus deren Fenster Transparente hingen und Genoss_innen winkten. Der spontane Impuls sich den städtischen Raum mottogemäß anzueignen wurde umgesetzt und das Straßenfest kurzfristig in die Amalienstraße verlegt. Die kesselnden Bullen konnten es sich leider nicht nehmen lassen permanent zu provozieren und nach einer Stunde völlig auszuticken. So wurden etwa 20 Leute verletzt als ein Pavillon vor den Häusern brutal gestürmt wurde. Das Straßenfest wurde darauf und auf weitere Drohung des Bullen-Einsatzleiters hin ins Alhambra verlagert, um nicht noch mehr Verletzte zu riskieren. Die Häuser wurden im Laufe des Tages geräumt.
2011 fand in Oldenburg keine 1. Mai-Demo statt, um die Genoss_innen in Bremen bei der Verhinderung eines dortigen Naziaufmarsches unterstützen zu können.
2012, 2013 und 2014 fanden 1. Mai-Demos mit unterschiedlicher inhaltlicher, aber auch programmatischer Ausrichtung statt. 2012 fiel dabei durch eine vielzahl kultureller Vorstellungen wie Live-Musik und Akrobatik auf. Die Bullen hielten sich die letzten 3 Jahre relativ gesehen zurück und es war ein problemloses Laufen möglich. Während 2012 und 2013 etwa 500 Menschen an der Demo teilnahmen, waren es 2014 bei schlechtem Wetter nur etwa 350.

Der Textteil über die ersten 5 Jahre des internationalistischen, unabhängigen Blocks wurde größtenteils von der ‚Antifaschistische(n) Aktion Oldenburg' (AA/OL) geklaut und ist bis zum Jahr 2007 ergänzt worden. Dieser Text ist in der Jubiläumsbroschüre „Alhambra - 30 Jahre in Bewegung" erschienen.

Die Zusammenfassung der Jahre 2008-2014 wurde von der Redaktion der Alhambra-Zeitung geschrieben.

Motti der 1.Mai-Demos:

2001: „Für ein Leben ohne Stress und Existenzangst, für Freiheit und Revolution"
2002: „In die Puschen - Revoluschen!"
2003: „Es muss mehr als das hier geben. Sonne, Freiheit, schönes Leben! Revolution now!"
2004: „Alles für alle und zwar umsonst – Deutschland halt's Maul!"
2005: „Kein Bock mehr auf den Scheiß – das Leben beginnt, wo Herrschaft aufhört!"
2006: „Wat mutt, dat mutt - ...für ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung!"
2007: „Schluss mit dem Stress - Unser Ziel? Die klassenlose Gesellschaft!"
2008: „Luxus für alle – let's push things foreward!"
2009: „Widerstand heißt leben! Kapitalismus abwracken!"
2010: „Stadt gehört uns allen – solidarisieren/organisieren/aneignen – weltweit!"
2012: „Solidarisieren, organisieren, aneignen – weltweit! So radikal wie die Wirklichkeit!"
2013: „Hör' mir auf mit Miete! Die Stadt gehört allen!"
2014: „Solidarisch – gegen Ausbeutung, Konkurrenz und Kapitalismus!"

Watt mutt, dat mutt!

Interview zu 20 Jahre autonomer 1. Mai in Oldenburg

Wir haben ein Interview mit drei Genoss_innen geführt, die vor 20 Jahren bei der Abspaltung des autonomen Blocks von der DGB-Demo dabei waren und an den Vorbereitungen der 1. Mai-Demos beteiligt waren und teilweise auch heute noch sind.

AlhambraZeitung:
Hallo ihr! Schön, dass ihr da seid und wie das Interview mit euch führen dürfen. Ihr habt ja den Text zur Entstehung des 1. Mai gelesen [„Der autonome 1. Mai in Oldenburg]. Wie ist eure Einschätzung zu der Darstellung des Konflikts mit dem DGB wird das richtig dargestellt, habt ihr das ähnlich wahrgenommen?

Ozelot: Ich bin erstmal ganz dankbar, dass es diesen Text überhaupt gibt. Wenn man 20 Jahre immer den ersten Mai macht, ist nicht immer alles so kristallklar, wie in den Texten dargestellt. Inhaltlich stimmt der aber so.

Käthe: Das würde ich im auch so sagen. Ich hab allerdings auch gedacht: Als wir das eine mal das Rederecht auf der DGB Demo hatten, hab ich unseren guten Redebeitrag mehr so als Stärke unsererseits gesehen, anstatt wie das in dem Text formuliert wird, dass wir nur Anhängsel vom DGB waren. Schließlich war es ja auch erkämpft, dass wir da überhaupt reden konnten. Das hätten die ja nicht gemacht, wenn wir nicht auch Stärke ausgedrückt hätten und das wird in dem Text ein bisschen anders gewichtet.

Tinka: Der Ursprungstext ist ja auch von 2001 und da war ja Ziel des Artikels zu rechtfertigen, warum wir nicht mehr mit dem DGB können. Deshalb konnten solche Einschübe wie: „Da haben wir jetzt was toll durchgesetzt“ nicht geschrieben werden, weil's darum ging zu sagen: „Wir können gar nicht anders als uns von denen zu lösen.“ Aber grundsätzlich würde ich das auch so sehen.

K: Das hat sich dann ja auch später, als es 1999 um die Sache mit den Nazis ging [siehe Text „Der autonome 1. Mai in Oldenburg“], auch als richtige Entscheidung rausgestellt. Da hat uns der DGB wirklich im Regen stehen lassen und das war auch wirklich eine Situation - da ging es auch einfach nicht mehr. Das war schon auch einfach ziemlich unfassbar und das hätte ich vom Klöpper auch nicht erwartet.

T: In dem Jahr haben wir uns ja auch ganz abgespalten und sind einfach eine eigene Route gelaufen.

AZ: *Wie findet ihr das rückblickend? War das eine gute Entscheidung?*

O: Ich finde es im Nachhinein gut wie es gelaufen ist und eine gute Entscheidung. Ich finde es auch gut wie es jetzt läuft: Also zwei unterschiedliche Demos mit unterschiedlichen Inhalten und Schwerpunkten. Die Abspaltung war allein schon richtig, weil unser Blick viel weiter ist und unsere Inhalte auch viel breiter gestreut sind als vom DGB.

K: Ich finde es hatte natürlich auch was, unsere Inhalte auch vor anderen rüberzubringen. Da haben zwar viele DGBler rumgepöbelt, aber es waren halt auch ein paar Leute da, die uns dann doch zugehört haben. Zwar haben wir jetzt bei unserer Abschlusskundgebung auf dem Rathaus immer noch so ein bisschen Öffentlichkeit durch die Kaffetrinker, die sind aber noch uninteressierter als die DGBler.

AZ: *Es ist ja jetzt ein bisschen bei euch angeklungen, dass eure Motivationen andere sind, als bei der DGB-Demo. Was sind da konkreter Motivationen oder Motive so etwas überhaupt zu machen, vor allem so lange?*

K: Also ich kann ja für mich sagen, dass es damals schon eine starke Motivation von uns war, eine Öffentlichkeit links vom DGB auf die Straße zu tragen um deutlich zu machen, dass es so etwas gibt. Das war ja auch Anfang der 1990er und echt eine scheiß Zeit. Ich finde da auch das Zitat aus dem Geschichtstext ziemlich gut: „[...]kämpferische Tradition, um klar zu machen dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte darstellt. Die Sehnsucht nach einem Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung, der Überwindung dieses Systems." Das verweist auch nochmal auf eine historische Dimension vom ersten Mai, die ich auch wichtig finde in Erinnerung zu halten.

O: Ich gehe deswegen auch immer noch hin und finde es auch wichtig dort hinzugehen. Deswegen finde ich es auch ganz schön, dass wir Älteren auch noch da sind – um zu zeigen, dass es nicht nur Kinderkram ist, der Wunsch nach einer anderen Gesellschaft. Gleichzeitig würde ich mir natürlich auch wieder mehr Schüler_innen wünschen, die bei uns mitmachen.

AZ: *Ich fänd's ja mal ganz spannend zu wissen, woran es denn liegt, dass so wenig junge Leute dazu kommen.*

K: Das wüsste ich auch mal ganz gerne. Manchmal denke ich, es wäre auch gut, wenn wir nicht da wären.

O: Eigentlich haben jüngere Leute ja die Aufgabe zu kommen, uns Älteren wegzuschubsen und zu sagen: „Voll der lahme erste Mai! Immer das Gleiche! Wir wollen das anders und wir haben bessere Ideen!" Und ich glaube ich würde mich auch gerne wegschubsen lassen. Das Problem ist, die kommen ja nicht – und wenn sie kommen dann siezen sie mich.

AZ: *Ihr habt jetzt das ganze ein bisschen so dargestellt: Naja, wir machen jetzt seit zwanzig Jahren die autonome erste Mai Demo aus den Gründen, aus denen wir die Demo vor zwanzig Jahren auch schon gemacht haben. Das hört sich dann erstmal so an, als hätte sich beim ersten Mai zwanzig Jahre lang nichts geändert. Das stimmt wahrscheinlich auch für bestimmte Teile, aber ja nicht für alles. Beispielsweise beim Selbstverständnis oder der Themensetzung der Demo. Da hat sich doch über die Jahre schon ein bisschen was geändert? Seht ihr das auch so bzw. habt ihr dafür Beispiele?*

K: Also mir ist eingefallen, das wir früher viel mehr Kontakt zur ALSO (ArbeitsLosenSelbsthilfe Oldenburg) hatten und viel Bündnisarbeit mit denen zum Thema Arbeit und prekäre Arbeitsverhältnisse gemacht haben. Leider ist das recht breite Bündnis, wegen einem sexualisierten Übergriff zerbrochen und danach die enge Arbeit mit der ALSO auch ein bisschen eingeschlafen. Was sich sonst verändert hat, ist die Einbindung von Flüchtlingen am ersten Mai, gerade wenn es Leute waren, die in die Organisationstrukturen eingebunden waren. Das hat mir dann sehr gut gefallen.

T: Ich glaube am Anfang waren es schon Leute, die wollten eine Annäherung an die Arbeiterklasse. Das hat ja nicht so geklappt.

AZ: *Und warum nicht? Das wäre ja zum Beispiel eine interessante Frage.*

T: Naja, weil wir nichts zu sagen haben und der DGB nicht die Arbeiterklasse ist, vielleicht?

O: Und weil die Arbeiterklasse am ersten Mai mit dem Fahrrad einen Ausflug macht.

T: Also damals ging es zumindest bestimmten Gruppen aus diesem Bündnis auch darum Druck auf den DGB auszuüben und sozusagen die linkeren Kräfte aus dem DGB heraus zu lösen, um eine neue Klassenorganisation zu schaffen. Hat aber nicht funktioniert.

O: Ist ja auch nicht so überraschend, oder habt ihr wirklich geglaubt, die kommen jetzt alle angelaufen und wollen mit uns eine neue Gruppe gründen?

K: Also es war schon so, dass wir am Anfang auch ein bisschen gehofft haben, dass sich da etwas bewegt. Sonst hätten wir ja nicht diese Bündnis-Geschichte gemacht. Und es wurden ja auch Auseinandersetzungen geführt. Da haben wir schon irgendwie gehofft, dass wir mit Argumenten die Leute überzeugen können. Aber dass das nicht so ganz geklappt hat, würde ich auch so konstatieren.

O: Und die Erkenntnis, dass das nicht so geklappt hat, war ja auch ein Grund zu sagen: Dann machen wir jetzt was Eigenes, suchen uns unsere Themen selber und sind freier in der Gestaltung. Jetzt haben wir das Problem, dass wir unseren eigene Demo haben und merken, dass es nicht damit getan ist einmal im Jahr auf die Straße zu gehen und es offensichtlich noch mehr braucht.

K: Naja im Bezug auf eine erste Mai-Demo reicht es ja vielleicht. Dass wir damit nicht die Revolution auslösen, das stimmt natürlich auch.

AZ: *OK, also können wir zusammenfassen, mit der ersten Mai-Demo ist es nicht getan. Wenn ihr jetzt aber auch sagt, dass die Motive warum ihr auf die Straße geht, die selben sind wie vor zwanzig Jahren - ihr also eine andere solidarische Welt wollt und dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte darstellt, nur um dann nochmal über die „Gesamtscheiße" drüberzubügeln. Das sind zum einen nur Phrasen, die auch in den nächsten 100 Jahren gelten, die allerdings auch schon ganz ähnlich in den letzten Jahren artikuliert wurden. Da könnte man schon fragen: „Was sind denn unsere Perspektiven und was wollen wir mit dem ersten Mai?"*

T: Für mich ist der erste Mai letztendlich nur eine Plattform, für alle Leute, die was in dem Bereich machen. Wenn in der Szene nichts los ist, dann passiert auch auf der Demo nichts. Wenn es aber eine aktive Szene gibt, dann gibt es tolle inhaltliche Redebeiträge und tolle Randaktionen. Sonst ist es dann wirklich nur ein Vergewissern, dass man noch da ist und dass man ist nicht alleine ist. Und das hat, auch wenn's jetzt nicht so revolutionär ist, dennoch seine Berechtigung.

O: Genau es hat seine Berechtigung und trotzdem habe ich ganz ganz lange immer noch gedacht, wir können das doch wirklich anders und es ist eine Menge möglich. Wenn nach außen hin deutlich wird: „Ihr könnt hier alles machen – alle können hier ihre Inhalte einbringen." Klar kann das vielleicht auch mal ein Gegeneinander geben - aber es ist eben eine Menge möglich. Das wünsche ich mir eigentlich. Dass deutlich wird, es gibt etwas jenseits der herrschenden Politikform. Und die kann man am ersten Mai ausüben und ausprobieren. Und klar ritualisiert sich das, wenn da nichts von außen kommt. Wir halten das grundsätzlich nur aufrecht, damit wenn mal die Revolution kommt, wir dann am Start sind.

AZ: *Also ist der erste Mai für euch auch ein Spiegel der Szene und eher eine Plattform wo irgendwie klar ist: Die Szene macht was für die Szene. Darüber könnten wir ja jetzt auch Reden. Zum Beispiel könnten wir sagen: „OK, das ist bescheuert. Wir spielen uns selbst die großen Revolutionäre vor." Oder aber wir sagen: „Das ist total in Ordnung so. Wann haben wir denn schon mal irgendwie Demo-Anlässe, wo wir auch mal ganz gewagt den Kapitalismus herausfordern können, ohne uns dabei total bescheuert vorzukommen." Vor allem, weil das Konzept, mit einer Demo*

die Massen am ersten Mai zu erreichen, anscheinend ja nicht wirklich funktioniert.

T: Naja, es hat sich ja auch gezeigt, dass es relativ egal ist, was für ein Motto und Inhalte wir haben – solange sich das irgendwie im linksradikalen Rahmen bewegt. Es kommen meistens die gleichen Leute und genau so viele wie sonst auch. Auch bei lokalen Bezügen. Zum Beispiel die Demo mit dem Motto „Hör mir auf mit Miete", da waren ja auch nicht mehr Leute auf der Demo, obwohl man denken könnte: Miete, das ist ja durchaus ein lokales Thema, das müsste doch jemanden interessieren. Das war ja nicht so – außer eben den üblichen Verdächtigen. Das ist ja auch das wirkliche Problem – oder vielleicht ist es auch einfach der Charakter – des ersten Mai. Es interessiert sich halt nur die Szene aus der Region dafür, sonst kommt da niemand hin. Aber das kann ja auch in Ordnung sein. Und vielleicht darf man auch nicht den Anspruch haben, damit in aktuelle politische Geschehen einzugreifen.
Die Alhambra-Zeitung geht ja zum Beispiel auch nur an die Szene. Und letztendlich kann man ja so eine Demo und eine Zeitung auch durchaus vergleichen. Es soll beides zur Diskussion anregen, zur Auseinandersetzung.

K: Also ich hab ja ein Jahr am 1. Mai arbeiten müssen in Bad Zwischenahn beim Park der Gärten, also da waren die Massen. Ich habe dann abends noch Fotos von der ersten Mai-Demo gesehen und habe gedacht, gut dass da Menschen auf die Straße gehen. Aber die Massen waren ganz klar in Bad Zwischenahn. Bei mir auf der Arbeit - da geht auch niemand zum ersten Mai. Wenn ich die einlade dann gucken die mich groß an und sagen: „Ja könnte man auch mal machen" aber da ist eher eine Radtour ins Grüne angesagt.

O: Also, wir müssen ja aber auch sehen, es gibt auch deutlich kleinere Demos in Oldenburg als der erste Mai. Und es treffen sich eben die Leute, die letztendlich inhaltlich etwas miteinander verbindet. Überhaupt gehen ja nur die Leute auf die Straße, die finden, dass der erste Mai ein Tag ist, an dem man auf die Straße gehen sollte. Und was spricht denn dagegen auch Rituale zu haben in der linken Szene? Wir gehen ja auch einmal im Jahr zur Weihnachts-VoKü und zum Jahresendzeit-Brunch. Und dazwischen sollte eben ganz viel passieren damit man sich dann am ersten Mai freut, dass man auch mal so einen netten Tag miteinander verbringt. Die richtige Politik findet ja nicht am ersten Mai, sondern das ganze Jahr über statt. Am ersten Mai selbst können wir uns dann auch ein bisschen feiern. Wenn in diesem Jahr aber selbst nicht so viel passiert, fällt eben auch der ersten Mai ziemlich schal aus.

AZ: *Zusammengefasst: Der erste Mai soll eigentlich so bleiben wie er ist weil er ja irgendwie auch seine Berechtigung hat und so richtig viel ändern muss man eigentlich nicht, weil der erste Mai ja irgendwie auch ein Spiegelbild des vergangenen Jahres ist?*

O: Ich finde nicht, dass der erste Mai so bleiben muss wie er ist, aber es ist nicht meine Aufgabe den zu ändern. Ich mache den ersten Mai seit 20 Jahren so und dann sollen bitteschön andere kommen und sagen, wir machen den anders und besser! Und da freue ich mich glaube ich auch schon drauf, wenn das die sind, mit denen ich das ganze Jahr über tolle Politik gemacht habe.

AZ: *Habt ihr Lust zum Abschluss noch ein paar Highlights zu erzählen oder auch Sachen, die so richtig doof waren?*

O: Also ich fand natürlich immer solche Sachen super, wie diese großen Transparente, die irgendwo runter rollen. Ich liebe ja so emotionale Momente. Überhaupt die Randaktionen finde ich immer gut, die müssen halt nur organisiert werden. So ein Transparent muss vorher gemalt werden und irgendwie muss man auf's Dach kommen und auch Farbeier oder so liegen ja nicht einfach so rum – ganz zu schweigen davon, dass sich Häuser nicht von alleine besetzen. Wie gesagt, solche Sachen müssen halt vorbereitet werden – aber dann natürlich ohne vorher groß drüber zu quatschen, wir wollen das ja gar nicht vorher wissen, sondern überrascht werden.

T: Ich finde ja den Kindertrecker besonders erwähnenswert, das habe ich sonst nirgends gesehen. Ansonsten fand ich die Durchbrüche auf den Rathausmarkt, vor allem drei Jahre in Folge, schon ziemlich spektakulären Momente. Dann haben uns die Bullen ja ein leider Schnippchen geschlagen und haben sich da nicht mehr hingestellt, was dann zur Folge hatte, dass die ganze Dynamik weg war.

K: Naja das wurde ja aber auch erkämpft. Und ich finde es auch super, dass wir es jedes mal wieder durchsetzen, dass die Demo unangemeldet läuft. Das muss man ja auch mal sagen, dass das auch nicht selbstverständlich ist, dass so eine große Demo unangemeldet bleibt.
Was natürlich doof ist, dass auch wenn alles schon ein bisschen ritualisiert ist, es natürlich trotzdem immer relativ viel Arbeit ist für die Leute, die den ersten Mai vorbereiten – also Plakate machen, Aufrufe schreiben und verteilen, Demo-Strukturen stellen und so weiter.

O: Ja! Ich hab auch Sorge, was ist denn wenn wir einfach mal nichts mehr machen? Ich meine, das kann ja auch ganz gut sein. In den letzten Jahren sind es ja immer die gleichen Leute die den ersten Mai vorbereitet haben - und so richtig mit Schwung sind wir da ja auch nicht mehr dabei.

T: Vielleicht sind 20 Jahre ja auch genug?

O: Ja, oder das. Wo gehen wir denn dann am ersten Mai hin? Zum DGB? [Gelächter]

Hausbesetzungen in Oldenburg

Der Versuch einer Chronik

In Oldenburg kam es, wie im gesamten Gebiet der BRD, immer wieder zu Aktionen, bei denen sich Menschen leerstehende Gebäude aneigneten, um sie jenseits einer Eigentums- und Verwertungslogik für eine breitere Öffentlichkeit nutzbar zu machen. Die Schaffung von unabhängigen Treffpunkten und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung ohne Konsumzwang bildeten ein häufiges Motiv für Hausbesetzungen, der Erhalt von kostengünstigem Wohnraum häufig ein weiteres.

Ich möchte hier den Versuch wagen, eine Chronik der Hausbesetzungen in Oldenburg aufzustellen. Die Daten und Angaben zu den genannten Hausbesetzungen wurden größtenteils dem Nordwind, dem Oldenburger Stachel, der Alhambra Zeitung, dem Blog regentied sowie der Lokalpresse entnommen. Platzbesetzungen („Wagenburg Blöder Butterpilz"), Besetzung von genutzten Gebäuden (Uni-Besetzung 2009: „Oldenburg brennt") oder stille Besetzungen sind dabei von der Betrachtung ausgenommen, da der Kampf um die Häuser dabei kein zentrales Moment darstellt.

Auf Bundesebene lassen sich drei besonders intensive Phasen ausmachen, in denen bundesweit leerstehende Gebäude offen besetzt wurden. Die erste Phase wird häufig als „Jugendzentrumsbewegung" identifiziert und begann Anfang der 1970er Jahre. Verschiedene Initiativen forderten selbstverwaltete Jugendzentren. Teilweise wurden dabei Häuser besetzt, um an Räume für diese Projekte zu gelangen und Forderungen politisch durchzusetzen. Allerdings besetzte nicht jede Initiative Häuser zur Schaffung des gewünschten Jugendzentrums und es wurden zeitgleich Häuser auch zu Wohnzwecken von Obdachlosen, Sozialarbeiter_innen und Studierenden offen besetzt, wodurch die Assoziation des Begriffs Jugendzentrumsbewegung mit Hausbesetzungen in dieser ersten Phase zumindest irreführend sein kann.

In Oldenburg entstand 1977/78 das Alhambra als Aktions- und Kommunikationszentrum. Zu Hausbesetzungen kam es im Zuge dessen meines Wissens nach nicht.

Es sind aber Hinweise vorhanden, dass es bereits in den 1970er Jahren eine Hausbesetzung in Oldenburg gab. Genauere Angaben oder irgendeine Quelle fehlen dazu allerdings noch.

Die zweite bundesweite Phase beginnt als Reaktion auf Flächensanierungen – also den Abriss ganzer Viertel – in Kreuzberg im Jahr 1979 und erreicht bundesweit ihren Höhepunkt 1981. Die Schaffung bzw. der Erhalt von Wohn- und Arbeitsräumen stand hierbei häufig im Fokus, der Begriff der Instandbesetzung setzte sich durch.

21. November 1980 – Alte Fahrradfabrik, Ufernstraße 38-42

An diesem Freitagabend machte in der Disco im Alhambra die Information die Runde, dass die alte Fahrradfabrik besetzt wurde. Viele der Anwesenden gingen hinüber, die Besetzung der Fabrik wurde als Teil eines gemeinsamen Widerstandes begriffen. Selbstbestimmte Wohn- und Arbeitsbereiche entstanden, etwa 30 Menschen lebten auf dem Gelände. Am 16. Januar 1981 stellte die Eigentümerin NILEG (Niedersächsische Landesentwicklungsgesellschaft) Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs, ebenfalls im Januar trat ein Denkmalschutz in Kraft. Am 28. April 1981, also etwa fünf Monate nach der Besetzung, kam es frühmorgens zur Räumung durch die Polizei und den anschließenden Abriss des denkmalgeschützten Gebäudeensembles. Um 17 Uhr desselben Tages wurde spontan zu einer Demonstration mobilisiert. Im Zuge dieser wurde gegen 18 Uhr kurzzeitig die Markthalle an der Kleinen-Kirchen-Straße „besichtigt" und vor dem Eintreffen der Polizei wieder verlassen. Am Haarenufer 15 wurde anschließend kurzzeitig ein efeubewachsenes Eckhaus besetzt, es wurden Verhandlungen mit der Eigentümerin (Landesbrandkasse) gefordert. Da eine Räumung befürchtet wurde, verließen die Menschen allmählich das angeblich baufällige Haus und zogen gegen 20.30 Uhr zum Essich'Haus. Diese ehemalige Druckerei an der Ofener Straße, auch bekannt als Rudelsburg, wurde von ca. 100 Leuten besetzt und innerhalb weniger Minuten gewaltsam von der Polizei geräumt, wohl ohne Rücksprache mit dem Eigentümer („Makler Thomas") zu halten. Obwohl zumindest Teile des Essich'Hauses ebenfalls unter Denkmalschutz standen, wurde es noch im Jahr 1981 abgerissen.

Wegen der Besetzung der alten Fahrradfabrik erhielten etwa 35 Personen Post wegen Hausfriedensbruchs. Die Stadt bot den ehemaligen Bewohnern der Fabrik sieben Plätze im Obdachlosenasyl an.

??.??.1981 – Lindenallee ??
Noch während die Fabrik besetzt war, wurde in der Lindenallee ein Wohnhaus besetzt und kurz danach geräumt. Etwa 300 Polizisten konnten dabei zwei Besetzer stellen, einer wurde auf die Wache mitgenommen. Eine etwa 150 Personen starke Demonstration folgte der Polizei zur Wache und forderte die Freilassung des Gefangenen, der noch am selben Abend entlassen wurde.

13. März 1981 – Donnerschweer Straße 89; Ehrnernstraße 2; Mühlenhofsweg 164; Efeustraße; Haarenufer / Ratsherr-Schulzestraße; Sophienstraße / Johannisstraße
Bereits vor der Räumung der Fabrik gab es eine Reihe von Scheinbesetzungen, die einem Aufruf Nürnberger Hausbesetzer folgend durchgeführt wurde. Mit am jeweiligen Haus angebrachten Plakaten wurde gegen Leerstände und für die Freilassung von inhaftierten Nürnberger Hausbesetzer_innen protestiert.

22. Mai 1981 – Johannisstraße 15
Von der Polizei relativ unbehelligt wurde bereits am 23. Mai die Fassade gestrichen und am 25. Mai ein Nutzungsvertrag mit einem Mitglied der Erbengemeinschaft geschlossen. Verschiedene Berichte legen die Vermutung nahe, dass diese Besetzung maßgeblich aus dem Umfeld der DKP organisiert wurde und als Wahlkampfspektakel Stimmen junger Menschen für die anstehende Kommunalwahl sichern sollte. Wenige Tage später zogen sich die verbleibenden SDAJler aus dem Haus zurück, in der Folge wurde es noch mehrere Monate wohl hauptsächlich von Punx und ihren Hunden bewohnt. Wie es mit diesem Haus weiter ging, ob, wann und wie es geräumt wurde, ist mir bisher nicht bekannt.

20. Juni 1981 – Nadorster Straße 73
In der Nacht zum 20. Juni wurde das Haus kurzzeitig von etwa 8 Personen besetzt, was in derselben Nacht in der Disco bekannt gegeben wurde. Da sich wohl auch „Zivis und Spitzel“ dort aufhielten, erschien nach etwa einer Stunde die Polizei am Haus, konnte drinnen allerdings keine Personen antreffen. Drei der vor dem Haus befindlichen Personen wurden mit auf die Wache genommen und sehr grob behandelt. Die Gäste der Disco bewegten sich daraufhin zunächst zur Wache und holte die Verhafteten ab. Etwa 70 Personen gingen wiederum zum Haus, die Polizei verhielt sich dort gewalttätig, misshandelte und verhaftete auch einen Unbeteiligten, der sich angeblich Nummernschilder von Fahrzeugen der Zivilpolizisten aufschreiben wollte. Als er aus der Wache entlassen wird und die 70 ihn empfangen, berichtet er von weiteren Misshandlungen auf der Wache.

Durch die nahezu bundesweite Umsetzung der Berliner Linie, also jede neue Besetzung spätestens 24 Stunden nach Bekanntwerden polizeilich zu räumen, ebbte diese Phase der Hausbesetzungen Ende 1981 bundesweit allmählich ab.

Die dritte intensive Phase ab 1989 entstand im Machtvakuum der zerfallenden DDR. Mehrere Hausbesetzungen in Ost-Berlin setzten bundesweit eine vor allem lokal verankerte Bewegung in Gang.

8.(?) Februar 1991 – Lindenallee 42
Das Haus wurde „symbolisch besetzt“, um gegen Leerstände in Zeiten der Wohnungsnot zu demonstrieren und Freiräume zu fordern. Weitere Informationen habe ich bisher nicht. An einer Stelle habe ich etwas über eine Scheinbesetzung in der Lindenallee 48 im Februar 1991 gefunden. Bisher ist aber nicht gesichert, ob es sich bei dieser Hausnummer um einen Schreibfehler handelt oder ob zwei Aktionen in der Lindenallee stattfanden.

25. Juni 1991
Um 16 Uhr begann am Friedensplatz eine „Wohnungsnot?“-Demo, in deren Verlauf die Donnerschweer Straße 92 besetzt werden sollte. Aufgrund des Polizeiaufgebotes am Haus kam es allerdings nicht dazu, stattdessen wurde das weniger gesicherte und ebenfalls leerstehende Haus in der Donnerschweer Straße 140 spontan besetzt. Beim Eintreffen einer Hundertschaft der Bereitschaftspolizei verließen die Besetzer_innen auf anderem Weg das Gebäude und setzten die Demonstration fort.

5. November 1991 – Lindenallee 18
Nach etwa zwei bis drei Jahren Leerstand wurde das Haus gegen 13 Uhr von 20 Leuten besetzt. Der Eigentümer Jan Suhr hatte zuvor bereits Löcher ins Dach schlagen lassen und Fenster an der Rückseite des Hauses entfernt, um dessen Verfall zu beschleunigen. Die Besetzer_innen wollten das Haus als Wohnraum, Treffpunkt und für Kulturveranstaltungen nutzen, ihre Presseerklärung trugen sie sowohl einer NWZ Reporterin als auch einem FFN-Radio Reporter vor. Nach etwa 2 Stunden und nachdem die Polizei bereits mehrere Unterstützer_innen vor dem Haus mit

Besetzte alte Fahrradfabrik, 1980 – 1981

auf die Wache genommen hatte und sich an den Barrikaden zu schaffen machte, verließen die Besetzerinnen das Haus, um nicht „rausgeprügelt zu werden“. Am 8. November begann der Abriss des Hauses.

18. Dezember 1991 – Donnerschweer Straße 41; Nadorster Straße 208; Hermannstraße 54; Zeugenhausstraße 20; Stau 148
Um auf Wohnungsnot und Wohnungsleerstand hinzuweisen, wurden fünf Häuser symbolisch besetzt und dazu Transparente an der Fassade angebracht und Kerzen in die Fenster gestellt. In einer schriftlichen Erklärung kritisierten die Aktivist_innen die Stadt, weil sie ihre gesetzlichen Eingriffsmöglichkeiten, wie Enteignungen oder das Zweckentfremdungsverbot, nicht durchsetze.

Die dritte Hochphase lief 1991/92 allmählich aus. In Oldenburg wurde noch einige Zeit versucht, ohne Besetzung an ein Haus zu gelangen und mithilfe der Zweckentfremdungsverordnung, die für Oldenburg galt (oder gilt?), die Wohnungsnot und die vielen Leerstände zu bekämpfen.

Nach dieser Phase kommt es bundesweit immer wieder zu einzelnen Besetzungen oder zu lokal begrenzten Besetzungsbewegungen. Bundesweite Hochphasen blieben seitdem allerdings aus, vielmehr gewinnen Hausbesetzungen als Aktion einen eigenständigen Charakter.

Tag der Besetzung unbekannt – Donnerschweer Straße 210, ehemaliger VfB-Platz
Ab dem 3. August 1998 wurden die verbleibenden Gebäude auf dem seit 1991 ungenutzten VfB-Platz an der Donnerschweer Straße abgerissen, da sie angeblich baufällig und mit Asbestplatten gedeckt waren. Bis dahin lebten in den Gebäuden seit längerer Zeit Punx, bei der Räumung durch 42 Polizisten protestierten 21 von ihnen friedlich, ihre Personalien wurden aufgenommen. Soweit bisher ersichtlich, handelte es sich eigentlich um eine stille Besetzung, die allerdings als Ausgangspunkt weiterer Entwicklungen betrachtet werden muss und zum Entstehen des noch heute existenten Punk-A-Platzes führte.

21. August 1998 – Ehemaliges Renaissance an der Alexanderstraße
Nachdem die Punx vom ehemaligen VfB-Platz vertrieben wurden, kam es öfters in der Oldenburger Innenstadt zu kleineren Konfrontationen mit der Polizei. Schließlich, nachdem sie einen schriftlichen Antrag auf ein ungestörtes Grundstück geschrieben hatten, besetzten die Punx die ehemalige Diskothek Renaissance. Die Polizei schritt nicht direkt ein. Erst in der Nacht zum 23. August wurde die ehemalige Diskothek von etwa 50 Polizisten geräumt, wohl weil verschiedene Gegenstände aus dem Haus auf die Alexanderstraße geworfen wurden. Zum Eigentümer hatte die Polizei bis dahin keinen Kontakt aufnehmen können. Bei der Räumung verletzten sich zwei Polizisten und 26 Personen wurden vorübergehend festgenommen, vier von ihnen hatten angeblich mit Dachziegeln nach Polizisten geworfen. Am 24. August rief ein Sprecher des zehnköpfigen „Komitees der Hausbesetzer“ bei der NWZ an und entschuldigte sich bei der Stadt wegen der Vorfälle.

(?) Februar 1999 – Eröffnung Punk-A-Platz
Nach den geschilderten Ereignissen kam es zu Gesprächen zwischen den Punx und der Stadt. Schließlich wurde auch über die NWZ nach einem geeigneten Platz gesucht, den die Punx nutzen können. Nachdem ein geeignetes Grundstück an den Bahnschienen beim Hafen gefunden wurde, versuchten Teile der CDU sowie die Arbeitsgemeinschaft Stadtoldenburger Bürgervereine erfolglos, die Umsetzung zu verhindern. Seit Februar 1999 wurde der Platz schließlich genutzt, bis er 2014 an einen neuen Standort umziehen musste.

1. Mai 2006 – Osterstraße 13
Am Rande der autonomen 1. Mai Demonstration wurde das Gebäude symbolisch besetzt, um gegen die Räumung von linken Zentren zu protestieren.

9. Oktober 2009 – Osterstraße 13
Das denkmalgeschützte Gebäude im Eigentum der Öffentlichen Versicherung wurde wiederum besetzt, da sich an der Leerstandsituation nichts änderte. An der Räumung am 12. Oktober waren etwa 90 Polizisten sowie sechs Polizeihunde beteiligt, es wurden fünf Besetzer_innen vorläufig festgenommen und am selben Tag wieder entlassen. Anschließend wurde das Haus einige Zeit von einem Wachdienst bewacht. Das Haus ist inzwischen saniert und wird genutzt.

1. Mai 2010 – Amalienstraße 14/16
Die Bürgerhäuser standen bereits mehrere Jahre leer. Als die Autonome 1. Mai Demonstration die Häuser in der Amalienstraße passierte, flatterten Transparente aus den Fenstern und bunt maskierte Personen waren zu sehen. Spontan wurde das am Alhambra geplante Straßenfest dorthin verlegt und nach etwa einer Stunde von der Polizei u.a. mit Pfefferspray angegriffen. Das Straßenfest wurde gegen 16 Uhr abgebrochen und die meisten Leute verließen den Ort des Geschehens. Gegen 17 Uhr begann die Räumung der Häuser, 13 Besetzer_innen mussten ihre Personalien abgeben und wurden von der Polizei fotografiert. Der Gebäudekomplex wird inzwischen wieder genutzt.

20. Juni 2010 – Donnerschweer Straße 109 – frühere LzO-Filiale (Scheinbesetzung/Grillfest)
Auf und neben dem ehemaligen Sparkassengebäude fand gegen 17 Uhr ein Grillfest mit etwa 30 Personen statt. Damit sollte gegen Vertreibung, Normierung und Disziplinierung im öffentlichen Raum protestiert werden, während Häuser leer stehen und in Oldenburg über 100 Menschen unter 25 Jahren auf der Straße leben. Nach etwa einer Stunde beendeten die Besetzer_innen ihre symbolische Aktion.

8. April 2011 – Theaterwall 24a
In dem kleinen, seit 2004 leerstehenden und verfallenden, denkmalgeschützten Haus wollten die Besetzer_innen nach der Sanierung und Instandsetzung des

Hauses ein kulturelles, selbstverwaltetes Wohnprojekt aufbauen, worüber die Nachbar_innen und Passant_innen auf Flugblättern informiert wurden. Der Eigentümer Peter Thomas veranlasste am 11. April die Räumung durch die Polizei, die mit etwa 50 Polizisten am Nachmittag desselben Tages die Personalien von zwei Hausbesetzer_innen aufnehmen konnte. Anschließend wurde das Haus vor weiterem unberechtigten Zutritt mit Holzplatten gesichert. Es folgte eine mediale Debatte über die Handlungsmöglichkeiten der Stadt im Bezug auf die Leerstände. Von Leerstandssteuer bis Enteignung wurde viel diskutiert, schlussendlich sah sich die Stadt als machtlos.

16. April 2011 – Wallkino am Heiligengeistwall

An diesem Samstagnachmittag brachten einige Aktivist_innen über dem Vordach an der Fassade des seit 2007 leerstehenden Wallkinos ein Transparent gegen Spekulanten und für Hausbesetzungen an. Unter dem neuen OB Krogmann kommt es inzwischen wieder zu Verhandlungen mit dem Eigentümer Ulrich Marseille, dem die Stadt nun weiter entgegen kommen will. Zuvor ließ Marseille das denkmalgeschützt Gebäude über Jahre verfallen, es steht immer noch leer.

14. Mai 2011 – Theaterwall 24a

Etwa einen Monat nach der Räumung wurde das Haus nach einer Demonstration von etwa 15 Personen wieder besetzt, ein aufgestelltes Bauschild kündigte das Projekt als „Haus Friedensbruch“ an. Der Eigentümer erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruch, zog diese aber am 16. Mai zurück, sodass die Besetzer_innen das Haus mit mehreren Bauwochenenden wieder instand setzen konnten. Es folgten Jahre der kulturellen Nutzung mit regelmäßigen Veranstaltungen, unterschiedlichen Konzerten, Lesungen, Filmabenden und Ausstellungen sowie unterschiedlichen Bewohnern in der ersten Etage.

5. April 2012 – ehemalige Grundschule Ekkardstraße

Ein Kollektiv junger Menschen, die nicht länger über die Hälfte ihrer Einkünfte für ein meist viel zu kleines Zimmer ausgeben wollten, besetzte das seit 2009 leerstehende Haus, dem sie den Namen Leeranstalt gaben, kurzzeitig. Die Stadt als Eigentümerin erstattete Anzeige, die Polizei räumte mithilfe der benachbarten Feuerwehr. Sechs Besetzer_innen wurden einige Stunden auf der Wache festgehalten und mussten sich einer ED-Behandlung unterziehen. Die Besetzer_innen versuchten über Einwohnerfragen im Rat eine Kommunikation mit der Stadt über den Wohnungsmarkt aufzubauen, OB Schwandner stellte dazu jedoch klar: „Wir brauchen dabei aber keine Hilfe von Hausbesetzern.“ Das Haus steht immer noch leer.

Besetzte ehemalige Grundschule Ekkardstraße, 2012

18. September 2013 – Theaterwall 24a wird „warm saniert“

Am 31. Mai 2012 erfolgte ein erster Angriff des Eigentümers auf die Besetzung, indem er die Stromleitung zum Haus durch die EWE kappen ließ. Des Weiteren versuchte er, einen Käufer für die Immobilie zu finden, was ihm im Januar 2013 mit dem Unternehmer Lambert Lockmann wohl gelang. Am 25. Februar 2013 zerstörten Arbeiter das Dach ohne die nötige Genehmigung, die Besetzer_innen dichteten es noch am selben Tag mit Planen ab. Am 18 Juli 2013 wurde von Unterstützer_innen des Haus Friedensbruchs ein offener Brief an den Eigentümer veröffentlicht, in dem die kulturelle Bedeutung des Projektes für Oldenburg unterstrichen und sich für den Erhalt des Haus Friedensbruchs eingesetzt wurde. Mehr als 70 Oldenburger Kulturschaffende, Politiker_innen, Universitätsangestellte und andere Personen unterschrieben diesen. Am 18. September schließlich dringen Arbeiter der Voßmann GmbH in das Haus ein, vertreiben einen Bewohner unter Gewaltandrohung und beginnen sofort, das gesamte Haus zu zerstören. Eintreffende Unterstützer_innen können diese Arbeiten zwar stoppen, da zu dem Zeitpunkt aber bereits der Fußboden, sämtliche Fenster und Türen ausgerissen sowie andere Einrichtungsgegenstände zerschlagen oder gar zur Mülldeponie abgefahren waren, wurde das Haus aufgegeben. Mit dieser gewaltsamen Räumung schaffte Peter Thomas Fakten und Lambert Lockmann wurde Eigentümer.

28. September 2013 – Kurwickstraße 23

In der Nacht drangen kurzzeitig sechs Personen in die seit 2007 leerstehende ehemalige Gaststätte Steffmanns ein. Ein Augenzeuge verständigte umgehend die Polizei, diese ging zunächst von einem Einbruch aus und räumte das Haus direkt, unter anderem kamen dabei auch Hunde zum Einsatz. Die Be-

setzer_innen kamen in Gewahrsam, wurden erkennungsdienstlich behandelt und noch in der Nacht entlassen. Das Haus steht immer noch leer.

28. September 2013 – Theaterwall 22; Donnerschweer Strasse 102; Burgstraße 5; Donnerschweer Str. 95
In derselben Nacht kam es zu vier Scheinbesetzungen. In Solidarität mit dem zerstörten Haus Friedensbruch wurden an den Häusern Transparente angebracht und Kerzen in die Fenster gestellt.

11. Januar 2014 – Theaterwall 24a
Gegen 18.30 kam es zu einer feierlichen Wiedereröffnung des Haus Friedensbruchs in dem fast fertig sanierten Haus, inklusive Blaskapelle, Sekt und Konfetti, feierlichen Reden und Schlüsselübergabe. Etwa 50 Menschen feierten bis etwa 20 Uhr am und im Haus, bis Lambert Lockmann und die anwesende Polizei Verstärkung erhielten. Inzwischen ist das Gebäude als „exklusives Gästehaus" mietbar.

30. April 2014 – Donnerschweer Straße 95
Am 2. Mai öffnete das zunächst still besetzte Haus seine Tür für Interessierte. Die Besetzer_innen wollten das Konzept „Selbstverwalteter Wohn- und Kulturraum Haus Friedensbruch" weiterführen. Vor dem Haus gab es Kaffee und Flyer wurden verteilt. Nach etwa einer Stunde drangen zwei Streifenpolizisten auf das Grundstück vor und blockierten den verwendeten Eingang, bis nach etwa einer weiteren Stunde 100 Polizisten die Gegend absperrt und das Haus räumte. Die drei Hausbesetzer_innen wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Das Haus steht immer noch leer.

12. Juli 2014 – Gartenstraße 3
Einige Tage lang war die Gartenstraße 3 nach langem Leerstand zunächst still zu Wohnzwecken besetzt. Nachdem die Besetzung am 12. Juli öffentlich gemacht wurde, kamen die Eigentümer_innen zufällig vorbei. Besetzer_innen und Eigentümer_innen einigten sich in Anwesenheit der Polizei, die Besetzer_innen verließen schließlich das Haus mit ihrer Habe, die Eigentümer_innen verzichteten auf eine Anzeige. Momentan wird das Haus saniert.

Diese Chronik erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, viele Angaben sind in Ermangelung ausreichender Dokumentation unvollständig. So ist mir bisher zum Beispiel unklar, wie es mit der Johannisstraße 15 (1981) weiterging oder welches Haus wann genau in der Lindenallee (1981) besetzt wurde. Es ist auch möglich, das einzelne Besetzungen in dieser Chronik noch gar nicht auftauchen oder nur als Vermutung formuliert sind (die 1970er Besetzung).

Diese Chronik erstelle ich im Zuge meiner Masterarbeit. Sie soll einen ersten Überblick über Hausbesetzungen in Oldenburg schaffen und öffentlich zugänglich machen. Wer mit Flyern, Zeitungsausschnitten, Fotos oder weiteren Angaben helfen könnte, die Chronik zu vervollständigen, kann sich gerne an mich wenden. Mit der Masterarbeit möchte ich Einflüsse von Hausbesetzungen am Beispiel der Stadt Oldenburg untersuchen.

Martin Kubis, kubism@uni-bremen.de

Besetztes Gebäude Amalienstraße 14/16, 2010

future.unwritten

transnational solidarisch

Unterwerfen wir uns in unseren Träumen und Wünschen für eine gerechte Welt nicht länger der Diktatur der Alternativlosigkeit. Stop. Denn noch ist nichts entschieden: Die Zukunft ist ein unbeschriebenes Blatt. Setzen wir der neoliberalen These, da sei keine Alternative zur Ausbeutung der Menschen, zur Klimaerwärmung, zu immer wieder neuen Kriegen, libertäre Ideen von Emanzipation und Freiheit entgegen. Die Geschichte gehört uns und sie liegt in unserer Hand. International oder Transnational - solidarisch.

Klare Feindbilder von vor 1989 scheinen Geschichte zu sein. Ebenso nationale Befreiungsbewegungen, die für viele einmal Bezugspunkte von Solidarität waren. Ist das gut oder schlecht? Welche politisch-strategischen Schlussfolgerungen ziehen wir daraus? Neue Akteur*innen betreten die Weltbühne. Vieles bleibt undurchschaubar:

Ein Aufstand in Syrien, der im Terror der IS versinkt. Eine stille Revolution in Rojava, die von US-Bombardierungen geschützt wird. Eine Rebellion in der Ukraine, an der faschistische Kräfte maßgeblich beteiligt sind, die einen Krieg in Europa nach sich zieht und doch wieder alte Feindbilder heraufbeschwört. Konfliktlinien und Kämpfe vervielfachen und überlagern sich. Keine leichte Herausforderung für eine Linke in Nord und Süd, die sich internationalistisch und antimilitaristisch versteht.

#transnational

Wir sind Zeug*innen einer schwindenden Überzeugungskraft klassischer staatlicher Institutionen. Menschen werden entlang globaler Verwertungsketten ausgebeutet sowohl im Süden, aber auch im Norden. Und innerhalb der EU schreiben Einige den Vielen vor, wie sie zu sparen, zu leben und zu leiden haben, nach außen wird sie territorial und ökonomisch abgesichert. Dazu wird die Mauer immer noch ein Stück weiter verschoben, bis Nordafrika und in die Ukraine. Tausende sterben daran, gehen unter - ob im Mittelmeer, in Libyen oder in Bangladesh.

Reimt sich vielleicht die westzentrierte Kritik an TTIP & Co stärker auf „nationale Souveränität“, als wir es uns selbst eingestehen? Aber wenn kein Staat: Was dann? Und wie kommen wir von einer inter-nationalen Perspektive zu einer trans-nationalen? Stop sagen, immer wieder. Und der (vor-)geschriebenen Zukunft eines globalen Kapitalismus Befreiungsmomente entgegensetzen.

Was also ist heute Transnationalismus? Wie organisieren wir uns in der Spannung zwischen Globalisierung, Nationalstaat und Befreiung? Transnationales Handeln muss den Verheerungen sowohl lokal als auch weltweit Rechnung tragen. Denn wir können uns nicht heraushalten und sind zum Handeln gezwungen: Der Widerstand der indigenen Bevölkerung in Lateinamerika gegen die unwiderrufliche Zerstörung ihres Lebensraumes, sei es durch die Ausbeutung ihrer Bodenschätze oder Energiegewinnung durch Staudämme geht uns alle an. Genauso wie die Arbeitskämpfe der sich neu organisierenden Textilarbeiterinnen in Bangladesh.

BUKO 14. - 17. 37 MAI 2015 IN MÜNSTER

Institut für Soziologie
Scharnhorstraße 121
48151 Münster

Oder eine mittelgroße gutbürgerliche Stadt in Deutschland wie Münster, aus der heraus alle NATO-Kriegseinsätze für die Schnelle Eingreiftruppe befehligt werden.

#solidarity
Eine transnationale Vernetzung ist wichtig, um emanzipatorische Alternativen kollektiv zu entwickeln und umzusetzen. Dies stellt alle Beteiligten vor Herausforderungen, weil es uns tatsächlich abverlangt, die Grenzen zu überwinden, die Rassismus, Sexismus und Klassismus zwischen uns ziehen, indem jede*r bereit ist, eigene Privilegien abzulegen.

Die Vielfältigkeit, Unverbundenheit und Ungleichzeitigkeit sozialer Auseinandersetzungen weltweit macht es schwer, Bündnisse und Unterstützung jenseits des begrenzten Kampfes, jenseits des lokalen Projektes zu organisieren. Die Linderung sozialer Missstände allein genügt nicht. Gleichzeitig gibt es auch innerhalb dieser Projekte wenig Kontinuität: Aktivist*innen tauchen auf, verschwinden wieder.

Wie kann dann die konkrete Praxis aussehen: Wer, mit wem, wofür?

Wir brauchen einen neuen Begriff von Solidarität: Was ist transnationale Solidarität? Wie sieht Solidarität aus, deren Ziel tatsächlich die Überwindung von Sexismus, Rassismus und Kapitalismus ist?

Der BUKO soll ein Forum sein, sich mit diesen Fragen aus verschiedenen Blickwinkeln auseinander zu setzen: sozialökologischen und queerfeministischen Kämpfen, der Ökonomisierung von Bildung, antimilitaristischen und antirassistischen Bewegungen sowie mit Sicht auf globale Krisenproteste.

#revolution
Wir erleben, besonders seit dem Arabischen Frühling 2011, eine Welt in Aufruhr. Aufstände flackern auf, Rebellionen entstehen, Plätze werden besetzt. Wir erleben - und das ist die gute Nachricht - Kämpfe um Würde und Rechte in verschiedensten Bereichen der Gesellschaft, hier und anderswo: Kämpfe um Arbeiter*innenrechte, gegen Privatisierung von Bildung, Gesundheit und Wohnraum, Kämpfe für sexuelle Selbstbestimmung, migrantische Kämpfe um Bewegungsfreiheit, Kämpfe gegen Korruption und staatlichen Terrorismus, Kämpfe gegen Extraktivismus und Ressourcenausbeutung, gegen Freihandelsabkommen und Troika in Europa ...

Eine zentrale Frage bleibt die nach der Verbindung dieser vielfältigen lokalen Kämpfe und partikularen Auseinandersetzungen: Wie entsteht aus und in ihnen das Gemeinsame, das den herrschenden neoliberalen Kapitalismus überwindet und echte Alternativen ermöglicht, jenseits von Staat und ausgehöhlter Demokratie? Dazu müssen wir nach den Möglichkeiten einer gemeinsamen Organisierung fragen. Und wofür eigentlich gehen wir auf die Plätze? Und wie kann eine gemeinsame Utopie aussehen? Worum geht es, wenn wir sagen: Stop. Future unwritten.?

Start writing future.

Zeit der Zeugen

17. Mai 2015 :: 11:15 Uhr :: Wilhelm13, Leo-Trepp-Str. 13

Ein Film über das Lebenswerk von Ettie und Peter Gingold, die beide als junge Erwachsene während der Okkupation des faschistischen Deutschland in der französischen Widerstandsbewegung Résistance kämpften. Sie leisteten entschiedenen Widerstand unter Einsatz ihres Lebens, waren 1944 an der Befreiung von Paris beteiligt und blieben ihr Leben lang als Kommunisten und Antifaschisten in der BRD aktiv im Einsatz für eine freie und demokratische Gesellschaft. Insbesondere engagierten sie sich gegen jede Tendenz von neuem Faschismus, Antisemitismus und Rassismus. Als Zeitzeugen traten sie vor Schulklassen, Jugendgruppen und auf Demonstrationen und Kundgebungen auf.

Nach dem Film gibt es die Möglichkeit zum Gespräch mit den eingeladenen Gästen Silvia Gingold (Tochter von Ettie Gingold) und Regisseur Mathias Meyer.

Infoveranstaltung zur Bus-Anreise: 11. Mai, 19:00, Alhambra

Antifaschistisches feministisches Bau- und Begegnungscamp

Gelände des ehemaligen KZ und späteren Vernichtungslagers UCKERMARK

24. August – 03. September 2015

Aktuelle Infos: www.gedenkort-kz-uckermark.de/info/baucamps

Mai 2015

Sa. 2.5. 22:00 LesBiSchwule Mottoparty ‚Pink Heaven'
Mo. 4.5. 20:00 Offenes Vernetzungstreffen zur aktuellen Politik
Do. 7.5. 19:00 Infoveranstaltung Kurdistandelegation
Fr. 8.5. 22:00 Mash Up Di Place
Sa. 9.5. 22:00 Soliparty für den 8. Mai
So. 10.5. 21:00 Fat Hoschi – Konzert: Juggling Jugulars + Killbite
Mo. 11.5. 19:00 Infoveranstaltung gegen den „Tag der deutschen Zukunft"
Mi. 13.5. 21:00 Haus-Friedensbruch-Kneipe
Fr. 15.5. 21:00 Unterste Schublade – Konzert
Sa. 16.5. 22:00 Boys and Beats – die Party nur für Jungs (und Männer)
Mi. 20.5. 21:00 Punk-Kneipe
So. 24.5. 21:00 Fat Hoschi - Konzert: Oaken + X fathoschi
Sa. 30.5. 23:00 Rosa Disco

Juni 2015

Mo. 2.5. 20:00 Offenes Vernetzungstreffen zur aktuellen Politik
Fr. 5.6. 22:00 Mash Up Di Place
Sa. 6.6. 22:00 Homophilias - Party für Lesben und Schwule
Mi. 10.6. 21:00 Haus-Friedensbruch-Kneipe
Sa. 13.6. 21:00 Unterste Schublade – Konzert
Mi. 17.6. 21:00 Punk-Kneipe
Fr. 19.6. 21:00 Fat Hoschi – Konzert: Red Apollo + Thraenenkind + Support fathoschi
Sa. 20.6. 22:00 Mäfa (nur für Männer)
Fr. 26.6. 22:00 SoPäd-PArty
Sa. 27.6. 23:00 Rosa Disco

Monatlich

1. Mi. 20:00 Frauen.Lesben.Inter.Trans*-Kneipe
3. Mi. 21:00 Punk-Kneipe
2. Fr. 20:30 Alhambra-Nutzer_innenplenum

Wöchentlich

Mo. 20:30 Antifa-Café
Di. 20:00 Subklub
Do. 18:00 Action-Samba-Band „RoR Oldenburg"
Do. 20:00 Vokü, danach Kneipe
Do. 21:00 Oldenburger Rechtshilfe

infoladen roter strumpf

Donnerstags 18-21 Uhr